

zum Ziel, daß der Rat des Kreises mit seinem Apparat im gesamten Kreisgebiet gleichartige Hemmnisse aufdeckt und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung beschließt.

Obwohl der Rat des Kreises den guten Willen zur Einführung neuer Methoden hatte, mußte festgestellt werden, daß immer noch zählebig an alten Arbeitsmethoden und Ressortgeist festgehalten wurde und nicht die Ergebnisse erzielt wurden, die von uns bei Beginn unserer Arbeit erwartet worden sind. Auf Grund dieser Erscheinungen sind die Brigademitglieder zu der Erkenntnis gelangt, daß es nicht genügt, Feststellungen, die für den gesamten Kreis Bedeutung haben, an den Rat mit Vorschlägen zur Veränderung heranzutragen, sondern daß es notwendig ist, die Probleme über die jeweilige Ständige Kommission an die Volksvertretungen, in diesem Falle an den Kreistag, heranzutragen. Der Staatsanwalt sollte in diesen Fällen den Ständigen Kommissionen bei der Ausarbeitung von Beschlußvorlagen behilflich sein. Nur wenn die volle Autorität des höchsten örtlichen Organs der Staatsmacht hinter den Forderungen auf Beseitigung bestimmter Mängel und Hemmnisse steht, wird es möglich sein, dies mit allen zur Verfügung stehenden Kräften relativ schnell zu erreichen. Eine andere Methode, die auch von der Brigade praktiziert wurde, ist das Heranzutragen der Probleme an den LPG-Beirat. Der LPG-Beirat hat sich im Kreis Nauen, ausgehend von den Erscheinungen und Feststellungen der LPG „Rosa Luxemburg“ in Bredow, mit den Fragen der umfassenden Anwendung sozialistischer Arbeitsprinzipien beschäftigt, Verallgemeinerungen ausgearbeitet und als Empfehlung zur Beschlußfassung an den Rat des Kreises gegeben.

Es ist selbstverständlich, daß die Kreisleitung der SED laufend über die Feststellungen und die Tätigkeit der Brigade unterrichtet werden muß. Handelt es sich um wichtige Fragen für den ganzen Bezirk, so werden diese an den Rat des Bezirkes und — wenn sie von besonderer Bedeutung sind — über die Ständigen Kommissionen an den Bezirkstag herangetragen. In Auswertung der Ergebnisse des Brigadeeinsatzes in Nauen und anderer Feststellungen — z. B. durch die ZK-Brigade im Kreis Oranienburg — ist dieses bereits geschehen.

Bei Diskussionen über unsere ersten Schritte zur Entwicklung eines neuen Arbeitsstils wurde wiederholt die Frage aufgeworfen, ob wir mit dieser Arbeitsmethode nicht Aufgaben des zuständigen Rates übernehmen und wie sich diese Arbeitsweise mit den bisherigen Auffassungen über die Allgemeine Aufsicht deckt.

Wir sind der Auffassung, daß es nicht möglich ist, Forderungen, die an uns als Teil des Staatsapparates gestellt werden, zu erfüllen, ohne unmittelbar an der Basis die lebendige Arbeit und die Arbeitsergebnisse zu kennen und zu studieren. Dieses Kennenlernen und Studieren an der Basis bedeutet nicht, daß wir den örtlichen Räten die Kontrolle der Durchführung abnehmen. Unsere Arbeit dient dazu, den Organen, die für die Durchführung der Aufgaben verantwortlich sind, in all den Fällen zu helfen, in denen sich infolge von Mängeln und Hemmnissen Gesetzesverletzungen zeigen. Die Arbeit wird also von uns nicht anstelle der zuständigen örtlichen Räte oder Volksvertretungen, sondern mit ihnen gemeinsam gelöst. Diese Pflicht zur gemeinsamen Lösung der Aufgaben mit den Volksvertretungen und Räten ergibt sich unserer Auffassung nach aus dem Gesetz über die weitere Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates vom 11. Februar 1958 und dient der Durchsetzung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus.

Die Tätigkeit des Staatsanwalts in der geschilderten Form kann keinesfalls als eine Ausübung administrativer Machtbefugnisse angesehen werden, wie sie Lenin in seinem Hinweis an das Politbüro „Über doppelte Unterordnung und Gesetzlichkeit“ im Auge hatte⁵. Bei der Weiterentwicklung dieses Arbeitsstils wird sich bald mehr als bisher zeigen, daß neben schriftlichen Einsprüchen und Hinweisen mündliche Einsprüche und Hinweise und vor allen Dingen tat-

kräftige Unterstützung für die Ständigen Kommissionen und die Räte notwendig sind.

*

Die Brigade hat in ähnlicher Form an der Entwicklung des sozialistischen Bauwesens, der Überwindung des Widerspruchs zwischen sozialistischen und kapitalistischen Kräften, bei Bekämpfung des Viehsterbens in Volkseigenen Gütern und LPG und der Steigerung der Arbeitsproduktivität in Industriebetrieben des Kreises Nauen gearbeitet.

Der uns hier zur Verfügung stehende Raum reicht nicht aus, um die Feststellungen und die von uns eingeleiteten Maßnahmen auf all diesen Gebieten eingehend zu schildern. Da die Frage der Steigerung der Arbeitsproduktivität aber von besonderer Bedeutung für unsere sozialistische Entwicklung ist, scheint es doch erforderlich, auf diese Fragen einzugehen, um Feststellungen und eingeleitete Maßnahmen kurz zu schildern und zur Diskussion zu stellen.

Im VEB Metallindustrie Staaken — einem Kombinat, bestehend aus den vier Betriebsteilen Krankenhausbedarf, Silberschmuck, Metallguß und Metallherzeugung — wurde festgestellt, daß drei Betriebsteile ihre Produktion überfüllen, während in dem Betriebsteil Krankenhausbedarfsartikel seit zwei Jahren der Plan nicht mehr erfüllt wurde. Nach Rücksprachen mit der Partei- und der Betriebsleitung, in Gesprächen mit Arbeitern des Betriebes während der körperlichen Arbeit und bei der Teilnahme an Versammlungen wurde festgestellt, daß der Plan nicht erfüllt wird, hauptsächlich weil das benötigte und geplante Material nicht kontinuierlich angeliefert wird. So gab es Materiallieferungsverzögerungen bis zu sechs Monaten, die auch durch Ausnutzung der inneren Reserven nicht beseitigt werden konnten.

Es kann jetzt schon festgestellt werden, daß die Materiallieferungen für das I. Quartal 1959 zum Teil nicht realisiert werden, so daß schon jetzt eine Unsicherheit darüber im Betrieb besteht, ob die vorhandenen Arbeitskräfte voll ausgelastet und mit ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeiten beschäftigt werden können. Dieser Unsicherheitsfaktor führte dazu, daß die von den Arbeitern bereits erkannten „Polster“ in den Normen nicht beseitigt werden. Es ist auch festzustellen, daß immer dann, wenn die Materialknappheit akut zu werden droht, ein Teil der Arbeiter „krank feiert“. Mit Unterstützung der Brigademitglieder wurde der Wirtschaftsrat des Bezirkes Potsdam auf diese Zustände aufmerksam gemacht.

Als weiterer Grund für die Nichterfüllung des Plans im Betriebsteil Krankenhausbedarfsartikel wurde das Fehlen einer überdachten Verladerrampe festgestellt. Dadurch, daß in der Schlechtwetterperiode die Erzeugnisse dieses Betriebes, die größtenteils in den Export gehen, nicht verladen werden konnten, entstanden Wartezeiten für Waggons, für die Transportarbeiter und Raumschwierigkeiten. Auf Initiative der Parteileitung und der Arbeiter des Betriebes wurde beschlossen, die überdachte Verladerrampe mit eigenen Mitteln, durch Bergung der notwendigen Materialien im Nationalen Aufbauwerk mit Unterstützung der Nationalen Volksarmee zu bauen. Dieser Plan scheiterte zunächst daran, daß die Projektierung durch den Rat des Kreises nicht genehmigt wurde. Dies war um so unverständlicher, als dem Rat des Kreises bekannt war, daß die Exportaufgaben dieses Betriebsteils für 1959 erhöht wurden. Auch die zuständige Fachabteilung beim Rat des Bezirkes war an der Lösung dieser Aufgabe recht uninteressiert und hielt getroffene Vereinbarungen nicht ein. Erst nachdem der Vorsitzende des Rates des Bezirkes auf die bürokratische Arbeitsweise des Bezirksbauamtes hingewiesen wurde, erteilte der Bezirksbaudirektor eine Sondergenehmigung für die Projektierung, so daß mit dem Bau der überdachten Verladerrampe begonnen werden konnte.

Die Überprüfung des Büros für Erfindungs- und Vorschlagswesen zeigte, daß der Mitarbeit der Werk tätigen an der Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Vorschläge aus den Jahren 1956/57 waren noch nicht realisiert. Mit der Prüfung der Möglichkeit der Realisierung wurde erst nach dem Hinweis der Brigade auf

⁵ Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Moskau 1947, Bd. H. S. 959.